

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 6/7

Halle (Saale), 10. April 1931

12. Jahrgang

## Provinziallandtag 1931

Unsere Partei kann diesmal auf die Ergebnisse des Provinziallandtags mit Befriedigung zurückblicken. Die Fraktion der Staatspartei im Provinziallandtag hat unsere allgemein politische Linie eingehalten und sich in der Verfolgung wichtiger Einzelziele durch nichts beirren lassen, der Erfolg hat ihr Recht gegeben.

Diesem zielbewußten Vorgehen gegenüber wirkt das Verhalten der sogenannten Rechten, insbesondere der Deutschnationalen Volkspartei um so kläglicher.

Schon bei Eröffnung des Landtags fiel allgemein auf, daß in der Sitzordnung eine bezeichnende Aenderung eingetreten war. Im Januarlandtag 1930 hatte sich der rühmlichst bekannte Nazihauptling Hinkler — z. Z. als Gauleiter und Abgeordneter im Preußischen Landtag von Hitler „z. D.“ gestellt — den Platz auf der vordersten Reihe erobert, den der deutschnationale Oberbürgermeister Halles Dr. Rive seit langen Jahren innegehabt hatte. Auf Einspruch der Deutschnationalen, deren Führer damals noch der unterdessen auf Drängen der Hugenberger aus dem Landtag ausgeschiedene Frhr. von Wilmowski war, mußte Hinkler im Märzlandtag 1930 den Platz wieder räumen und als er in der Vollversammlung dagegen protestierte mit der Frage an die Deutschnationalen, sie wollten wohl die Nazis nicht bei sich haben, machte Frhr. von Wilmowski den Zwischenruf: „Jawohl, wir wollen eine reinliche Scheidung!“ Unterdessen sind die meisten der besonnenen und sachlichen ehemaligen Führer der Deutschnationalen von diesen abgewandert und diese nun auch im Landtag von den Nazis völlig in den Hintergrund gedrückt worden. Alle bisher von den Deutschnationalen eingenommenen Vordersitze haben jetzt die Nazis besetzt, die Deutschnationalen sind Hintermänner der Nazis geworden. Das hat sich auch sonst gezeigt. Bei der Präsidentenwahl gilt es als feststehend, daß die stärkste Partei den Präsidenten stellt. Die Deutschnationalen hielten sich nicht daran, sondern stimmten in der Mehrheit für Hinkler, den Nazikandidaten.

Die Quittung für dieses beschämende Verhalten erhielten die Deutschnationalen dadurch, daß bei der Vizepräsidentenwahl die Mehrheit diesen Posten zwar nicht für sich in Anspruch nahm, aber weiße Zettel abgab.

Der schärfste Kampf wurde um die Neuwahl des Provinzialausschusses ausgefochten. Nach dem vom Staatsministerium angeordneten Wahlverfahren mußte nach Nichtigkeitserklärung

Friedrichstr.  
Universitätsbibliothek

A 1



der vorjährigen Wahl diesmal der Vorsitzende des Provinzialausschusses vom Landtag unmittelbar in Mehrheitswahl vorweg gewählt werden. Bei dieser Abstimmung ging es um jede Stimme. Wer den Vorsitzenden erhielt, gewann damit im Voraus einen Sitz, damit die Mehrheit im Provinzialausschuß und auch den Sitz im Reichsrat. Fieberhaft wurden daher auf der rechten, wie auf der linken Seite die Stimmen der Mittelgruppen herüber und hinüber gerechnet. Unsere Fraktion hielt geraden Kurs und beschloß auf keinen Fall eine Verbindung mit radikalen Gruppen einzugehen und notfalls im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Mitte selbständig vorzugehen. Die Aussichten der rechten Seite schienen für die Mehrheitsbildung günstiger als für die Linke. Da löste sich zur allgemeinen Ueberraschung die Wirtschaftspartei von den Deutschnationalen, die im Vorjahre bei den Staatsratswahlen die Stimmen der Wirtschaftspartei für sich verwandt und dieser damals dafür zwei Provinzialausschußsitze überlassen hatten, diesmal aber der Wirtschaftspartei nur einen Platz im Provinzialausschuß, den anderen aber den Nazis geben wollten. So fühlte sich die Wirtschaftspartei betrogen und verraten und unterstützte die Liste, die vom Sozialdemokraten Beims geführt wurde.

Als Bundesgenossen für die Deutschnationalen fanden sich so einzig und allein die Nazis. Auch Volkspartei und Landvolk hatten sich von ihnen getrennt.

Für die Staatspartei ergab sich das hochehrwürdige Ergebnis, daß wir bei der Neuwahl des Provinzialausschusses von 14 Sitzen 2 gegenüber bisher nur 1 erhielten, obwohl wir von 113 Abgeordneten nur 5 stellen. Da der im Provinzialausschuß mit vollem Stimmrecht maßgeblich mitwirkende Landeshauptmann Dr. Hübener bekanntlich gleichfalls Mitglied der Staatspartei ist und der Vertreter des Zentrums zumeist mit uns zu gehen pflegt, besitzt jetzt das wichtigste Organ der ganzen Provinzialverwaltung eine erfreulich starke Mitte. Es haben jetzt die größte Partei des Landtags, die Sozialdemokraten 4, die Staatspartei 3 einschließlich des Landeshauptmanns, die zweitgrößte Partei, die D. N. V. P., 2, und alle übrigen Parteien nur 1 Mitglied im Provinzialausschuß. Für unseren Bezirk Halle-Merseburg ist es ein ganz besonderer Erfolg, daß das eine Mandat im Provinzialausschuß jetzt sowohl in der Person des Hauptvertreters (Dr. Wandersleb-Querfurt) wie des Stellvertreters (Dr. Geiger-Weißfels) und auch des Ersatzmannes (Rößner-Torgau) von Vertretern des Bezirks Halle-Merseburg besetzt ist.

Auch bei den sachlichen Beratungen konnten wir bedeutende Erfolge buchen. Im Vorjahre hatte sich der langjährige Vorkämpfer der Demokratie in der Altmark, Landrat Böer-Gardelegen, mit warmen Worten im Auftrage der Fraktion für das damals noch wenig aussichtsvolle Projekt der Elbbrücke bei Tangermünde eingesetzt und eine zustimmende Entschließung des Landtags erreicht, der diesmal durch Beschlußfassung über den jetzt ausgearbeiteten Entwurf Rechnung getragen wurde.

Hoffentlich wird nun der Bau Wirklichkeit, der besonders für den Norden der Provinz große Bedeutung hat, sehr erhebliche Reichs- und Staatsbeihilfen in die Provinz bringen würde und 100 000 Erwerbslosentagewerke zu seiner Fertigstellung braucht. ungerechnet der übrigen Beschäftigungsmöglichkeiten durch Fabrikation und Herrichtung des Materials.

Die Arbeitslosenfrage stand auch sonst stark im Vordergrund der Beratungen. Die Sozialdemokraten forderten eine EntschlieÙung zugunsten gesetzlicher Einführung der 40 Stunden-Woche, die Kommunisten wollten die 40 Stunden-Woche in allen Provinzial-Anstalten sofort eingeführt wissen. Demgegenüber fand ein von unserem Fraktionsvorsitzenden Borchardt-Nordhausen in Verbindung mit anderen bürgerlichen Mittelparteien eingebrachter Antrag Zustimmung, nach welchem die Reichsregierung ersucht werden soll, unverzüglich in Verhandlungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Durchführung einer freiwilligen Herabsetzung der Arbeitszeit zu prüfen.

Im Interesse der heimischen Wirtschaft stellten wir ferner den Antrag, künftig bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Provinzialverwaltung und die nachgeordneten Dienststellen und Anstalten bei annähernd gleichwertigen Angeboten stets Firmen zu bevorzugen, die ihren Sitz in der Provinz Sachsen haben. Auch die Vertreter der Provinz in Anstalten und Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit sind gehalten, sich bei diesen für die Durchführung entsprechender Vorschriften einzusetzen.

Nach Vereitelung einiger Gegenmanöver gelang es diesem Antrag zur einstimmigen Annahme zu verhelfen.

Bäuerlichen Interessen dient der gleichfalls von uns eingebrachte Antrag, einen gerechten Ausgleich bei der Beitragsleistung zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft herbeizuführen, da die neuerdings vorgenommene Regelung die mittleren und kleinen Besitzer unverhältnismäßig stärker belastet als den Großgrundbesitzer. Dem nachdrücklichen Eintreten unserer Abgeordneten gelang es auch erstmalig eine Unterstützung der anerkannt wertvollen Siedlerberatungsstelle in Halle durchzusetzen.

Im übrigen vertraten wir bei der Haushaltsberatung an Hand praktischer Vorschläge schärfste Sparsamkeit. In der Stellungnahme zum Haushalt zeigte sich besonders wie sich das Gesicht der Parteien auf der rechten Seite verändert hat. Der Naziführer Hinkler war erheblich weniger wild als im Vorjahr und hatte viel mit der Abwehr kräftiger Angriffe der Linken zu tun. Der neue Fraktionsführer der Deutschnationalen, der Stahlhelmer Winkelmann, gebärdete sich sehr radikal und mußte sich und seiner Partei viel Ironisches und Ernstes über das dürftige Niveau seiner Ausführungen sagen lassen. Besonders scharf in der Sache rechnete der Landvolkführer Dr. Gereke-Torgau mit den Deutschnationalen ab, was allgemein starke Beachtung fand.

Bei der Volkspartei trat wiederholt eine Spaltung bei den Abstimmungen ein; noch viel ärger war die innere Unklarheit bei der Wirtschaftspartei, die wiederholt auseinander- oder z. T. sogar während der Abstimmung umfiel. Während die Wirtschaftsparteiler sich ihren Wählern als die forschesten Spardiktatoren vorzustellen pflegen, war es ausgerechnet ein Wirtschaftsparteiler, der sich gegen die Schließung des für seinen bisherigen Zweck nicht mehr nötigen Kriegshinterbliebenenheimes Annaburg wandte, die eine Ersparnis von 50 000 RM. jährlich gebracht hätte. Aus Sorge vor dem Zorn einiger Wähler sollen in diesem Falle auch künftig unnötig Zehntausende aufgewandt werden. So bot auch der Provinziallandtag ein getreues Spiegelbild der Haltung der Parteien im Reich: Nazis und Deutschnationale Arm in Arm, wetteifernd in unsachlichem und unfruchtbarem Radikalismus, die Volkspartei schwankend, die Wirtschaftspartei ohne jeden klaren Kurs, die Sozialdemokraten sorgsam auf Wahrung ihrer Macht bedacht, die Kommunisten überlaute Propheten der Sowjetherrlichkeit, mitten darin, gestützt auf gründliche Sachkenntnis mit entschiedenem politischem Willen, unsere Gruppe, sich in ruhiger Entschiedenheit ihren Weg bahnd und deshalb trotz ihrer kleinen Zahl vielfach führend. Es fiel schon dem parteifremden Beobachter rein äußerlich auf, wie unverhältnismäßig oft Mitglieder unserer Fraktion als Berichterstatter in wichtigen Fragen bestimmt waren und sich auch mit ihrer Auffassung durchsetzten.

Hoffen wir, daß diese politische Gradheit und verantwortungsberechtigte Arbeit allmählich auch wieder mehr Verständnis in der Wählerschaft findet und der Staatspartei stärkere politische Wirkungsmöglichkeiten gibt im Interesse ihrer treuen Anhänger wie des Staatsganzen.

### Strafverfahren gegen Drewitz

Gegen den Führer der Wirtschaftspartei, den Reichstagsabgeordneten Drewitz, gegen den aus den Reihen seiner eigenen Parteifreunde schon seit längerer Zeit schwere Vorwürfe erhoben worden sind, schwebt, wie jetzt bekannt wird, ein Strafverfahren wegen Betrug, Unterschlagung und Untreue, und zwar hat der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I unter dem 6. Februar 1931 vom Reichstag die Genehmigung zur Einleitung bzw. Durchführung des Strafverfahrens und die Aufhebung der Immunität gefordert.

Wie man vermutet, handelt es sich dabei um die Rolle, die Drewitz als Aufsichtsrat und Vorstandsmitglied der Deutschen Mittelstandsbank gespielt hat. Es war von einem Kaufmann, der Forderungen gegen die Bank geltend machte und der auch einen Zivilprozeß führt, Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens der Bank gestellt worden. Diesem Antrage ist bisher nicht stattgegeben worden, weil die „Ereka“ (Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwarenhändler) eine Stützungs-

aktion unternahm. — Auf Veranlassung des Konkursrichters wurden aber durch einen Buchprüfer ihre Bücher kontrolliert und hier soll man bei dieser Gelegenheit auf Transaktionen von Drewitz gestoßen sein, die den Staatsanwalt zum Einschreiten veranlaßt haben.

Das gegen Drewitz veranlaßte Strafverfahren hat auch in der Partei zu Weiterungen geführt, u. a. benutzte die neugeschaffene Arbeitsgemeinschaft der drei südwestdeutschen Wahlkreise ihre erste Tagung zu einem überraschenden Vorstoß gegen den Parteivorsitzenden Drewitz, indem sie einstimmig in Anwesenheit der Abgeordneten Ruhl und Dr. Rohde folgenden Beschluß faßten:

„Die Arbeitsgemeinschaft der Wahlkreisverbände beider Hessischer Bezirke und Koblenz-Trier der Wirtschaftspartei hält es für notwendig, daß der Reichsparteivorsitzende M. d. R. Drewitz bis zur gerichtlichen Klärung der gegen ihn in der Oeffentlichkeit erhobenen Vorwürfe von dem Parteivorsitz zurücktritt. Sollte der Rücktritt nicht innerhalb acht Tagen erfolgen, sieht sich die Arbeitsgemeinschaft der drei unterzeichneten Kreise genötigt, ihre Beziehungen zwar nicht zur Partei, aber zu deren Vorsitzenden abubrechen.“

Wie verlautet, wurde dieser Beschluß ohne längere Debatte gefaßt, nachdem bekannt geworden war, daß sowohl das Material des Abgeordneten Colosser wie auch das des Vorsitzenden Drewitz einen für die Wirtschaftspartei peinlichen Umfang angenommen hat.

#### Weiteres vom Kriegsschauplatz in der Wirtschaftspartei

Abgeordneter Drewitz rächt sich für die unablässigen Angriffe seines früheren Freundes Colosser jetzt damit, daß er in dem offiziellen Organ seiner Wirtschaftspartei mitteilen läßt, daß gegen Colosser im Augenblick nicht weniger als vier zivilrechtliche Klagen schweben, nämlich erstens eine Klage auf Herausgabe des angeblich widerrechtlich zurückbehaltenen Anteils an der G. m. b. H. Deutscher Mittelstandsverlag, zweitens eine Klage auf Schadenersatz, drittens eine Klage auf Herausgabe der angeblich zu Unrecht aus dem Verlag entnommenen Gelder und viertens eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung des Parteivorsitzenden Drewitz.

Auf dem Parteitag der Wirtschaftspartei, der am 24.—27. April in Hannover stattfindet, wird übrigens über die persönlichen Angelegenheiten und auch über die finanziellen und organisatorischen Fragen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt werden.

#### Warum?

Als Rathenau am 24. 6. 22 den Kugeln junger politisch verhetzter Menschen zum Opfer fiel, rückten diejenigen, die moralisch auf der Anklagebank saßen, schleunigst von den

Mördern ab, bedauerten und verurteilten die Tat und schienen höchst erstaunt, als man ihre vorangegangene systematisch betriebene Verhetzung in erster Linie für das Vorgefallene verantwortlich machte. Genau so versuchen jetzt nach den Hamburger Blutaten Hitler und Genossen zu verfahren. Auch Adolf Hitler erklärt, er bedaure und verurteile die von seinen Hamburger Parteigenossen verübten Morde und spricht von verirrten unglücklichen Menschen, die sich durch ihr Handeln selbst aus der Bewegung ausgeschlossen hätten. Auch in diesem Falle wird es kein Jurist fertig bekommen ihn und andere führende Nationalsozialisten auf die Anklagebank zu bringen. Gerichtlich kann man nur die Mörder selbst zur Verantwortung ziehen. Diejenigen, die durch Wort und Schrift die eigentlich Schuldigen sind, entgehen auch hier wiederum der gerichtlichen Sühne. Daran ist leider nichts zu ändern. Aber das deutsche Volk und besonders die Wählerkreise, die am 14. September mit ihrem Stimmzettel den Machtdünkel der Nationalsozialisten soweit anschwellen ließen, müssen jetzt doch wohl erkennen, daß es Adolf Hitler und die anderen rechtsradikalen Führer sind, auf denen moralisch Schuld und Verantwortung für die vielen Todesopfer lastet, die der politische Kampf in der letzten Zeit Deutschland gekostet hat. Warum ist die Nationalsozialistische Partei, die die politische Mordhetze systematisch betreibt, in ihren Wählerstimmen und Mandaten so gestiegen? Warum ist dieser Hitler-Bewegung so der Kamm geschwollen, daß ihre S.-A.-Leute in Versammlungen und auf der Straße blutige Gewalttaten verüben? Warum können ihre fanatisierten Horden selbst in Gaststätten mit einer Frechheit auftreten, die nicht mehr erträglich ist?

Schuld hieran tragen in erster Linie diejenigen bürgerlichen Wählerkreise, die in ihrer politischen Blindheit und Schwäche einer Bewegung emporhalfen, die weiter nichts als geschwollene Phrasen mitbrachte und in den wüstesten Schimpf und Hetzreden gegen Regierung und Staat sich austobte. Alle diese Wählerkreise haben sich und ganz Deutschland ein politisches Armutszeugnis ausgestellt, das uns dem allgemeinen Gespött preisgeben muß. Schuld tragen aber auch alle diejenigen, die aus durchsichtigem Egoismus diese Bewegung durch Bereitstellung von Geldmitteln unterstützen. Schuldig fühlen muß sich ferner auch unsere Rechtsprechung. Vor dem Reichsgericht in Leipzig konnte ein Adolf Hitler ungehindert eine große Propagandarede halten, in der er von Legalität seiner Bewegung sprach, um im nächsten Atemzuge die Drohung hinzuzufügen, daß Köpfe rollen würden. Haben die Justizverwaltungen wirklich gar keine Wege finden können, um richterlicher Schonung und Duldung dieses gewalttätigen Geistes ein Ende zu setzen? Wie konnte es vorkommen, daß man Hinkler, der sich in Halle öffentlich Drohungen gegen Polizeibeamte leistete, freisprach? Man könnte solche Fälle beliebig vermehren. Wer jemals als Zeuge bei Nazi-Gewalttaten vor Gericht stand,

wird das Empfinden gehabt haben, daß er auch an Gerichtsstelle fast schutzlos den Brutalitäten der Nazis ausgesetzt war. Man ruft jetzt nach neuen Gesetzen gegen das politische Rowdium. U. E. reichen die schon bestehenden Gesetze vollkommen aus, wenn sie nur entschlossen und rücksichtslos angewendet würden.

Natürlich versucht Adolf Hitler, sich jetzt mit der Hetze der Kommunisten herauszureden, und gewiß wäre es falsch, zu vergessen, daß unter dem Zeichen des Sowjetsterns ebenfalls Gewalttätigkeit gepredigt und Gewalt geübt wird. Die einzigen jedoch, die nicht das mindeste Recht zur Anklage der Kommunisten haben, sind Hitler und Genossen.

Zwangsläufig schließen sich an diese Ausführungen noch zwei Fragen. Werden Herr Dingeldey und seine Volksparteiler nun endlich einsehen, an welche Seite sie durch ihr Spielen mit der Regierungsfähigkeit der Nazis getreten sind? Und wie steht's mit dem Volksbegehren in Preußen? Das Hauptargument der Drahtzieher ist der Ausfall der vorigen Septemberwahlen und die Absicht, auch das Preußenparlament zum Tummelplatz der Nazihorden zu machen. Wen der Haß gegen Preußen nicht blind gemacht hat, müßte eigentlich von dem bisherigen Verhalten der Hitlerpartei genug haben.

---

### Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan —!

In der Hitler-Bewegung ringen zur Zeit zwei gegensätzlich eingestellte Gruppen um die Macht in der Partei. Die eine durch starke Zahl der S. A.-Leute vertretene Gruppe hält sich an die programmäßig niedergelegte Linie: „Wir treiben bewußte Katastrophenpolitik. Leider haben wir noch nicht so terrorisieren können, wie wir möchten. Unser Ziel ist, alles kaputt zu hauen was heute ist. Nicht mit dem Verstand wird Deutschland regiert, sondern mit der Faust!“ Die andere Gruppe will taktisch gerissener verfahren. Den bis zur Siedehitze, bis zur blutigen Mordseuche entfachten Radikalismus hat die Parteiführung benutzt, um der Partei den erforderlichen Schwung zu geben und die durch Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not erbitterte Stimmung vieler Menschen mißbraucht, um diese als Mitläufer der NSDAP zu gewinnen. Das ist bei den Septemberwahlen geglückt. In dem Moment aber, in dem dieser Radikalismus zu einer starken und ausschlaggebenden Partei im Reichstage wurde, erwies sich zwangsläufig, daß man mit dem Radikalismus allein keine positive politische Arbeit leisten kann. Deshalb zog die Nazifraktion aus dem Reichstag aus, um die bisherigen Mitläufer der Nazibewegung, die vielfach aus sogenannten bürgerlichen Kreisen stammen, durch Radau und sinnloses Gerede nicht noch mehr zu enttäuschen. Und weiter erwies sich, daß besonders die in letzter Zeit durch S. A.-Leute verübten rohen Gewalttaten stark abstoßend auf die Mitläufer gewirkt haben.

Das hat kein anderer besser als Hitler erkannt. Will man die Mitläufer halten, dann muß das Mäntelchen der Legalität aufgefrischt und der ganzen Bewegung erneut umgehängt werden. Deshalb ergeht zunächst von Hitler die scharfe Anweisung, ja nicht gegen die Anordnungen in der Notverordnung zu verstoßen. Deshalb bläst er den Radikalismus nach außen hin jetzt ab. Daß er diesen damit vor den Kopf stoßen muß, weiß er. Aber als gerissener Taktiker opfert er lieber 10 und 20 Tausend über-radikalisierte S.A.-Leute, als bei den kommenden Preußenwahlen die Zahl der Mitläufer vielleicht ganz entschwinden zu sehen. Der Lehrmeister und Einpeitscher schärfsten Terrors war Hitler selbst. Augenblicklich aber passen ihm blutige Gewaltakte nicht mehr in den Kram. Er weiß, daß Gewalt auch Regierungsgewalt auslöst und weiß auch genau, daß er dabei den Kürzeren ziehen würde. Deshalb läßt er seine gewalttätigen S.A.-Leute vorläufig glatt fallen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann vorläufig, da er unbequem wird, seiner Wege gehen.

---

#### Aus der Staatspartei (Halle-Merseburg)

**Halle.** Am Dienstag, dem 14. April, abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr, findet im Klosterbräu, Talamtstraße 6, wieder ein **zwangloser Ausspracheabend** statt. Alle Parteifreunde willkommen. — **Mittwoch**, den 29. April, abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr in „Müllers Hotel“, Magdeburger Straße, **Mitglieder-Versammlung**. Herr Landrat Dr. Wandersleb spricht über das Thema „Der Radikalismus und seine Bekämpfung“. Wir bitten alle Parteifreunde, sich diesen Abend zum Besuch der Versammlung freizuhalten. Es ergehen auch noch besondere Einladungen. — **Jungdemokraten.** Am 18. 3. fand die Generalversammlung statt. Durch die Neuwahl besteht der Vorstand nunmehr aus folgenden Freunden: 1. Vors.: Bruno Köster, 2. Vors.: Karl Stephan, Kassierer Ludwig Starck. Freund Köster hielt einen ausgezeichneten Vortrag über „Unser Geist — unser Ziel“. Durch Verzug verloren wir im vergangenen Jahre 9 Freunde. Freund Grosse regte eine groß-zügige Werbetätigkeit an. Die Mitglieder des hiesigen Ortsvereins der Staatspartei werden um **Anschriftenmaterial** für unsere Bewegung gebeten.

---

Die vorliegende Ausgabe erscheint als Doppelnummer 6 und 7 infolge technischer Schwierigkeiten bei der Herstellung der „Blätter der Staatspartei“ in Berlin.

---

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).



# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 6/7      Halle (Saale), 10. April 1931      12. Jahrgang

## Provinziallandtag 1931

Unsere Partei kann diesmal auf die Ergebnisse des Provinziallandtags mit Befriedigung zurückblicken. Die Fraktion der Staatspartei im Provinziallandtag hat unsere allgemein politische Linie eingehalten und sich in der Verfolgung wichtiger Einzelziele durch nichts beirren lassen, der Erfolg hat ihr Recht gegeben.

Diesem zielbewußten Vorgehen gegenüber wirkt das Verhalten der sogenannten Rechten, insbesondere der Deutschnatio-

allgemein auf, daß  
nderung eingetreten  
rühmlichst bekannte  
und Abgeordneter  
D.“ gestellt — den  
der deutschnationale  
n Jahren innegehabt  
n, deren Führer da-  
er Hugenberger aus  
mowski war, mußte  
wieder räumen und  
protestierte mit der  
en wohl die Nazis  
wski den Zwischen-  
ung!“ Unterdessen  
hlichen ehemaligen  
gewandert und diese  
in den Hintergrund  
utschnationalen ein-  
Nazis besetzt, die  
zis geworden. Das  
identenwahl gilt es  
Präsidenten stellt.  
n, sondern stimmten  
daten.  
Verhalten erhielten  
er Vizepräsidenten-  
für sich in Anspruch

wahl des Provinzial-  
Staatsministerium  
ichtigkeitserklärung



Friedrichshagen  
Universitätsbibliothek A 1

